N I E D E R S C H R I F T

Niederschrift Nr. 6

Kreistag am 04.12.2007

Aula des Hellweg Berufskollegs, Unna

Beginn 16:00 Uhr

Stimmberechtigte Mitglieder

Kreistagsmitglieder

Michael Makiolla
Brigitte Cziehso
Dieter Drescher
Martina Eickhoff
Bernd Engelhardt
Ursula Erdelkamp
Hartmut Ganzke
Karin Goddinger
Jens Hebebrand
Claudia Isenberg
Wolfgang Kerak
Dirk Kolar
Ursula Lindstedt
Hans-Jörg Piasecki
Theodor Rieke
Hildegard Rüwald
Detlef Schwerdt
Jörg Sieger
Heinz Steffen
Simone Symma
Walter Teumert
Monika Töpfer
Manuela Veit
Brunhilde Weinhold
Martin Wiggermann

Herbert Ziegenbein
Christina Zubrytzki
Wolfgang Barrenbrügge
Peter Dörner
Jörg-Uwe Ebner
Claudia Gebhard
Ute Giedinghagen
Christa Glodny
Wilhelm Jasperneite
Elsbeth Kiel
Norbert Kläsgen
Leo Klempert
Hartmut Marks
Rotraud Niemann
Klaus-Jürgen Paul
Heinz Piehl
Martina Plath
Hanne-Luise Schacht
Elisabeth Schwarz
Annelies Schwarzer
Ursula Sopora
Christa Weidner
Paul Wisniewski
Hubert Zumbusch
Herbert Goldmann
Andrea Hosang
Adrian Mork
Regina Müller-Hinz
Jochen Nadolski-Voigt
Anke Schneider
Barbara Streich
Dieter Albert
Heike Schaumann
Sigurd Senkel
Wolfgang Schilken
Udo Gabriel
Jana Müller-Simdorn
Marc Elsbeck
Michael Klostermann

Von der Verwaltung	Gäste und Zuhörer-/innen
Herr Kreisdirektor Stratmann	Herr Erdmann, Geschäftsführer der SPD-Kreistagsfraktion
Herr Dr. Timpe, Dez. II	Frau Zemke, Geschäftstelle der CDU-Kreistagsfraktion
Herr Hahn, Dez. IV	Herr Wette, Geschäftsführer der FDP-Kreistagsfraktion
Herr Dr. Schiebold, L KfP	Herr Naujoks, Geschäftsführer der Gruppe DIE LINKE.
Herr Göpfert, Büro Landrat	Vertreter der Presse
Frau Waßen, Schriftführerin	interessierte Bürgerinnen und Bürgerinnen
	weitere Angehörige der Verwaltung

Herr Landrat Makiolla begrüßt die anwesenden Damen und Herren. Er stellt die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Kreistages fest. Vor Eintritt in die Tagesordnung weist Herr Landrat Makiolla darauf hin, dass Herr Brökling kurzfristig schwer erkrankt sei und auch Herr Bremerich mitgeteilt habe, längerfristig nicht für die Sitzungen zur Verfügung zu stehen. Beiden übermittle er auch im Namen der Mitglieder des Kreistages die besten Genesungswünsche. Änderungen oder Ergänzungen zur Tagesordnung gibt es nicht, so dass wie folgt beraten wird:

T a g e s o r d n u n g

Öffentlicher Teil

Punkt 1

202/07

Ersatzwahlen

Punkt 2

199/07

Neuaufstellung des Nahverkehrsplans Kreis Unna – Beschluss über die Abwägung der Stellungnahmen

Punkt 3

177/07

Gründung des Zweckverbandes „Nahverkehr Westfalen-Lippe“;
Zweckverbandssatzung und ergänzende Öffentlich-Rechtliche Vereinbarung
- Genehmigung eines Dringlichkeitsbeschlusses -

Punkt 4

191/07

Auswirkungen der Verwaltungsstrukturreform in der Landesverwaltung sowie des Bürokratieabbaugesetzes für die Kreisverwaltung Unna

Punkt 5

193/07

Möglichkeit zur Beendigung der Mitgliedschaft des Kreises Unna im Regionalverband Ruhr (RVR)

Punkt 6

179/07

Abnahme der Jahresrechnung des Kreises Unna für 2006 und Entlastung des Landrats

Punkt 7

198/07

Budgetbericht zum Stichtag 30.09.2007

Genehmigung von überplanmäßigen Aufwendungen

Punkt 8

201/07

Vermögens- und Schuldenübersicht zum Stichtag 01.01.2007

Punkt 9

194/07

Schulpsychologische Beratungsstelle für den Kreis Unna

- Abschluss einer Vereinbarung mit dem Land Nordrhein-Westfalen-

Punkt 10

187/07

Neuer Bildungsgang am Freiherr-vom-Stein Berufskolleg des Kreises Unna in Werne zum Schuljahr 2008/09

Punkt 11

184/07

Übertragung der Betreuung des Vertragsnaturschutzes von der Stadt Hamm auf den Kreis Unna

Punkt 12

188/07

Fünfte Änderungssatzung zur Satzung über die Entsorgung von Abfällen im Kreis Unna vom 13.12.1999

Punkt 13

183/07

Achte Änderungssatzung zur Vierten Abfallgebührensatzung des Kreises Unna vom 07.12.1998 (8. ÄS)

Festlegen der Abfallgebührensätze des Jahres 2008

Punkt 14

Fragestunde für Einwohner

Punkt 15

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Nicht öffentlicher Teil

Punkt 16

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Öffentlicher Teil

Punkt 1

202/07

Ersatzwahlen

Beschluss:

Der Kreistag beschließt:

- Herr Albrecht Jahn wird als ordentliches Mitglied und Herr Christoph Dammermann als stellvertretendes Mitglied in den Ausschuss für Kultur und Partnerschaften,
- Herr Dirk Kolar als stellvertretendes Mitglied in den Ausschuss für Planung und Verkehr und
- Herr David Liskatin als stellvertretendes Mitglied in den Natur- und Umweltausschuss gewählt.

Der Kreistag schlägt der Verbandsversammlung des Sparkassenzweckverbandes des Kreises Unna, der Stadt Unna und der Gemeinde Holzwickede Herrn Dirk Kolar als stellvertretendes Mitglied zur Wahl in den Verwaltungsrat vor.

Abstimmungsergebnis

einstimmig zugestimmt

Punkt 2

199/07

Neuaufstellung des Nahverkehrsplans Kreis Unna – Beschluss über die Abwägung der Stellungnahmen

Erörterung

Frau Cziehso erinnert daran, dass es sich bei der Neuaufstellung des Nahverkehrsplanes um ein routinemäßiges Verfahren handele, da dieser regelmäßig fortgeschrieben werden müsse. Zudem habe es Signale aus den Städten und Gemeinden gegeben, die Kosten im Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) möglichst zu senken. Daraufhin sei ein Entwurf mit dem Ziel erarbeitet worden, eine ausreichende Verkehrsbedienung im Kreis Unna sicher zu stellen und eben keinen Kahlschlag vorzunehmen. Der Beschluss über diesen Nahverkehrsplanentwurf sei seinerzeit im Kreistag einstimmig gefasst worden. Im Rahmen des darauf folgenden Beteiligungsverfahrens hätten – wie auch der Vorlage zu entnehmen sei - lediglich drei Kommunen diesen Entwurf ohne Ergänzungs- oder Änderungsbedarf akzeptiert. Die Änderungswünsche der anderen Städte und Gemeinden beruhten unter anderem auf neuen Erkenntnissen zu einer sich verändernden Bevölkerungsstruktur, die gerade mit Rücksicht auf die steigende Zahl älterer Menschen ein besonderes Augenmerk auf den ÖPNV erforderlich mache. Außerdem sei darauf hingewiesen worden, dass in einigen Ortsteilen Infrastruktureinrichtungen nicht mehr vorhanden seien. Daraufhin sei der Entwurf so modifiziert worden, wie er jetzt zur Beschlussfassung vorliege.
Frau Cziehso weist zudem darauf hin, dass man auch nach Aufstellung des Nahverkehrsplanes in den Bemühungen zum ÖPNV nicht nachlassen dürfe. Dies betreffe zum einen die Tarifgestaltung, aber auch die umfänglichen Restrukturierungsmaßnahmen der VKU, die bereits eingeleitet und teilweise bereits umgesetzt seien. Für die geleistete Arbeit dankt Frau Cziehso der Kreisverwaltung, dem Gutachter für sein bemerkenswertes Engagement und auch der VKU mit ihren Beschäftigten, die ein qualitativ gutes Angebot garantiere. Abschließend erklärt sie, dass für die SPD-Fraktion die Hauptaufgabe auf diesem Gebiet darin liege, mit den zur Verfügung stehenden finanziellen Möglichkeiten das Beste für die Bürgerinnen und Bürger im Kreis Unna zu erreichen. Sie lade alle dazu ein, die Diskussion im Ausschuss für Planung und Verkehr und auch im Kreistag zu führen.

Herr Gabriel erklärt für die Gruppe DIE LINKE., dass man der Vorlage nicht zustimmen werde. Die Vorlage führe zu einer wenn auch maßvollen Reduzierung, wo eigentlich doch ein Ausbau erforderlich sei. Dies gelte umso mehr mit Blick auf die drohende Klimakatastrophe.

Herr Schilken betont, dass der Kreistag einstimmig beschlossen habe, durch Einsparungen im ÖPNV den Verlustausgleich bei den öffentlichen Verkehrsunternehmen zu senken. Der RVR habe den Auftrag erhalten, den Nahverkehrsplan gezielt zu überarbeiten und entsprechende Einsparvorschläge vorzulegen. Dabei sollte eine ausreichende und in allen Kommunen gleichmäßige ÖPNV-Versorgung sichergestellt werden. Die Verwaltung und der Gutachter hätten aus Sicht seiner Fraktion ihre Arbeit gut gemacht. Die Kommunen hätten diese Einsparvorschläge weitgehend abgelehnt, ohne allerdings über die finanziellen Auswirkungen unterrichtet zu sein. Erst in der vorigen Sitzung des Ausschusses für Planung und Verkehr sei bekannt geworden, dass die geplanten Einsparungen durch diese Änderungen von 517.000 Euro auf 180.000 Euro

sinken würden. Sein Antrag, bei den Gemeinden nachzufragen, ob sie zur Übernahme dieser Kosten bereit seien, sei mit der Begründung abgelehnt worden, dass die Kommunen über die Finanzierung Bescheid wüssten. Dies sei aber wohl nicht der Fall. Es könne nicht sein, dass die Kommunen Einsparvorschläge des Kreises ablehnen, andererseits die hohen Kosten des ÖPNV kritisierten. Die FDP-Fraktion halte an dem ursprünglichen Entwurf fest und werde die Vorlage ablehnen.

Herr Elsbeck berichtet, er sei ursprünglich von einer Optimierung des Nahverkehrs bei einem hohen Standard ausgegangen. Inzwischen betrachte er das Ganze als einen Nahverkehrseinsparplan, mit dem man nicht das richtige Zeichen setze. Deshalb werde auch er dem Beschluss nicht zustimmen.

Frau Schneider teilt mit, dass die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN der Vorlage nicht zustimmen werde, da sie mit Blick auf die Klimaveränderung sowie den Rohstoffverbrauch, aber auch die Kinder- und Familienfreundlichkeit nicht der richtige Weg sei. Ihre Fraktion wolle eine gute oder noch besser eine sehr gute Verkehrsbedienung im Kreis Unna. Sie gebe allerdings zu, dass man seinerzeit den Fehler gemacht habe, einer ausreichenden Verkehrsbedienung zuzustimmen.

Für die CDU-Fraktion erklärt Herr Jasperneite, dass man bereits der Ursprungsvorlage zugestimmt hätte und auch die jetzt vorgenommenen Änderungen mittrage. Sicherlich könne man sich vieles wünschen, müsse dieses aber auch finanzieren können. Die vorgenommene Abwägung habe zu einer Ausweitung mit Augenmaß geführt, so dass seine Fraktion mit dieser wenn auch nicht optimalen Situation einverstanden sei.

Nach kurzer Diskussion ergeht folgender Beschluss:

1. Der Kreistag des Kreises Unna beschließt das Abwägungsergebnis zu den Stellungnahmen der Träger öffentlicher Belange gemäß der in der Anlage 1 zur Vorlage tabellarisch dargestellten Synopse.

2. Der Kreistag beauftragt den Landrat, den Nahverkehrsplan unter Berücksichtigung der erfolgten Beschlüsse über die Abwägung kurzfristig redaktionell fertig zu stellen, die öffentliche Bekanntmachung zu veranlassen und den NVP an die Träger öffentlicher Belange zu versenden.

Abstimmungsergebnis

mehrheitlich zugestimmt (48 Ja-Stimmen der SPD- und CDU-Fraktion, 15 Nein-Stimmen der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, der FDP-Fraktion, der Gruppe DIE LINKE. und des Kreistagsmitgliedes der STATT-Partei)

Punkt 3

177/07

Gründung des Zweckverbandes „Nahverkehr Westfalen-Lippe“;
Zweckverbandssatzung und ergänzende Öffentlich-Rechtliche Vereinbarung
- Genehmigung eines Dringlichkeitsbeschlusses -

Erörterung

Herr Landrat Makiolla weist darauf hin, dass bereits der Kreisausschuss einen Dringlichkeitsbeschluss in dieser Angelegenheit gefasst habe, der nunmehr noch vom Kreistag genehmigt werden müsse. Anschließend erläutert er kurz die Vorlage.

Herr Gabriel erklärt, dass die Gruppe DIE LINKE. der Vorlage nur zustimme, wenn die Regelung des § 16 Abs. 2 der Verbandssatzung präzisiert werde. In der jetzigen Form stelle sie einen Freifahrtsschein hinsichtlich der Höhe einer möglichen Entschädigung dar.

Nach kurzer Diskussion schlägt Herr Jasperneite vor, dass er Herrn Gabriel über die Höhe der Entschädigung informieren werde, sobald eine entsprechende Entschädigungssatzung von der Verbandsversammlung beschlossen sei. Wenn wider Erwarten der Betrag zu hoch erscheine, sei er bereit, gemeinsam mit Herrn Gabriel die Initiative mit dem Ziel einer Reduzierung zu ergreifen.

Herr Gabriel erklärt sich mit diesem Vorschlag einverstanden.

Beschluss

Der Kreistag genehmigt folgenden vom Kreisausschuss in seiner Sitzung am 30.10.2007 im Wege einer Dringlichkeitsentscheidung getroffenen Beschluss:

1. Als Mitglied des Zweckverbandes Schienenpersonennahverkehr Ruhr-Lippe (ZRL) stimmt der Kreis Unna der Bildung des Zweckverbandes Nahverkehr Westfalen-Lippe nach § 5 Abs. 1 ÖPNVG NRW, bestehend aus den Zweckverbänden Schienenpersonennahverkehr Münsterland (ZVM), Verkehrsverbund Ostwestfalen (VVOWL), Nahverkehrsverbund Paderborn/Höxter (nph), Personenverkehr Westfalen-Süd (ZWS) und Zweckverband Schienenpersonennahverkehr Ruhr-Lippe (ZRL), zum 01.01.2008 zu.
2. Der Kreistag des Kreises Unna erklärt sich mit den Inhalten des Entwurfs der Satzung (Anlage 1) und des Entwurfs der ergänzenden „Öffentlich-Rechtlichen Vereinbarung“ (Anlage 2) einverstanden. Die Vertreter des Kreises Unna in der Zweckverbandsversammlung des Zweckverbandes Schienenpersonennahverkehr Ruhr-Lippe (ZRL) werden beauftragt, auf der Grundlage dieser Entwürfe die erforderlichen Beschlüsse in der Zweckverbandsversammlung zu fassen.
3. Der Kreistag regt die unter Pkt. 7 der Vorlage näher bezeichneten Änderungen zur Satzung und zur Öffentlich-Rechtlichen Vereinbarung an.

Abstimmungsergebnis

einstimmig zugestimmt

Punkt 4

191/07

Auswirkungen der Verwaltungsstrukturreform in der Landesverwaltung sowie des Bürokratieabbaugesetzes für die Kreisverwaltung Unna

Erörterung

Herr Kreisdirektor Stratmann erläutert die wesentlichen Inhalte der Vorlage und weist darauf hin, dass das Thema im Rahmen der Stellenplanberatungen behandelt werde.

Nach einer kurzen Diskussion zum Bürokratieabbaugesetz erklärt Herr Landrat Makiolla, dass sich die Kreisverwaltung auch künftig mit den Anliegen und Eingaben der Bürger intensiv befassen wolle. Dann werde sich allerdings die Frage stellen, ob die angestrebten Personaleinsparungen tatsächlich zu realisieren seien.

Punkt 5

193/07

Möglichkeit zur Beendigung der Mitgliedschaft des Kreises Unna im Regionalverband Ruhr (RVR)

Erörterung

Herr Goldmann erklärt für die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, dass man den Auftakt zu diesem Thema für misslungen halte. Schon am Betrefftext der Vorlage werde deutlich, in welche Richtung die Entscheidung gehen solle. Dabei halte er es für erforderlich, sich objektiv mit dem Thema auseinander zu setzen. Nach seiner Einschätzung sei die Diskussion im Ruhrgebiet sehr nachhaltig und auch negativ angekommen. Es gehe hier nicht um eine Diskussion über die wirtschaftlichen Auswirkungen sondern um eine politische Diskussion um die Zugehörigkeit zu einer Region.

Herr Senkel betont, dass die Fraktionen gar nicht so weit auseinander seien. Er habe den Landrat darum gebeten, diesen Punkt auf die Tagesordnung zu setzen, um eine Diskussion einzuleiten. Schließlich müsse bis zum Sommer nächsten Jahres eine Entscheidung getroffen werden, sofern man sie treffen wolle. Einig hätten sich die Fraktionen doch bereits im Kreisausschuss dahingehend gezeigt, in der nächsten Zeit eine politische Diskussion auch mit den regionalen Partnern im östlichen Ruhrgebiet zu führen. Es sei aus seiner Sicht zudem wichtig, sich mit Blick auf die mittelfristigen Pläne der Landesregierung einer Dreiteilung des Landes zu positionieren.

Herr Elsbeck weist auf die Wichtigkeit der zu treffenden Entscheidung hin. Es müssten deshalb Kriterien vereinbart werden, nach denen diese Entscheidung getroffen werde. Er halte es für wichtig, das gute Verhältnis zu den Nachbarn zu erhalten.

Herr Steffen erinnert an die Brisanz der zu treffenden Entscheidung. Der RVR in seiner heutigen Form sei ein

Kommunalverband. Die Pläne der Landesregierung gingen aber dahin, die Aufgaben des RVR mit Aufgaben des Landschaftsverbandes und der Bezirksregierungen zu bündeln. Damit werde ein Gebilde geschaffen, in dem staatliche und kommunale Aufgaben gemischt würden. Falls es einmal so komme, sollte man sich vorher darüber klar werden, ob man zu Westfalen oder zum Ruhrgebiet mit allen damit verbundenen Konsequenzen gehören wolle. Außerdem dürfe man nicht außer acht lassen, dass bei einer Entscheidung gegen den RVR, wenn sie denn von mehreren Gebietskörperschaften getroffen würde, die geplante Dreiteilung des Landes schnell vor dem Aus stehen könne.

Herr Landrat Makiolla weist darauf hin, dass die Verwaltung mit der Vorlage dem Auftrag nachkommen wollte, Zahlen und Fakten als Grundlage für eine Diskussion zusammen zu tragen. Es sei nicht beabsichtigt gewesen, die Entscheidung in eine bestimmte Richtung zu lenken. Derzeit würden noch Regelungen zur Vermögensauseinandersetzung fehlen, sobald diese bekannt seien, werde man sie den Kreistagsmitgliedern zur Kenntnis geben.

Beschluss

Der Kreistag nimmt die Informationen zum Thema „Möglichkeit zur Beendigung der Mitgliedschaft im RVR“ zur Kenntnis.
Die Verwaltung wird beauftragt, die Folgen eines Austritts aus dem RVR konkret für den Kreis Unna zu sondieren und dem Kreistag bis spätestens Sommer 2008 Material zur Entscheidungsfindung vorzulegen.

Abstimmungsergebnis

einstimmig zugestimmt

Punkt 6

179/07

Abnahme der Jahresrechnung des Kreises Unna für 2006 und Entlastung des Landrats

Erörterung

Herr Makiolla weist darauf hin, dass in Punkt a) des Beschlusses versehentlich das Haushaltsjahr 2005 genannt worden sei, es handele sich aber um das Haushaltsjahr 2006.

Beschluss

a) Die Jahresrechnung des Kreises Unna für das Haushaltsjahr 2006 wird vom Kreistag anerkannt.
b) Die Kreistagsmitglieder beschließen, dem Landrat Entlastung zu erteilen.

Abstimmungsergebnis

einstimmig zugestimmt (1 Enthaltung des Landrates)

Punkt 7

198/07

Budgetbericht zum Stichtag 30.09.2007

Genehmigung von überplanmäßigen Aufwendungen

Beschluss

Der Budgetbericht des Kreiskämmerers zum Stichtag 30.09.2007 wird zur Kenntnis genommen.

1. Den überplanmäßigen Aufwendungen im Budget 50 – Arbeit und Soziales – in Höhe von insgesamt **2.480.000 €** wird gemäß § 83 GO NW i.V.m. § 26 Abs. 1 Ziff. g) KrO NW und § 10 Ziff. 5 der Haushaltssatzung 2007 zugestimmt.
2. Den überplanmäßigen Aufwendungen im Budget 69 – Natur und Umwelt – in Höhe von insgesamt **603.000 €** wird gemäß § 83 GO NW i.V.m. § 26 Abs. 1 Ziff. g) KrO NW und §10 Ziff. 5 der Haushaltssatzung 2007 zugestimmt.

Abstimmungsergebnis

einstimmig zugestimmt

Punkt 8

201/07

Vermögens- und Schuldenübersicht zum Stichtag 01.01.2007

Erörterung

Herr Barrenbrügge erklärt, dass es sich bei der Konsensvereinbarung um bilanzielle „Kosmetik“ handele. Die kreisangehörigen Kommunen würden an den bilanziellen Zuschreibungen der Finanzanlagen des Kreises in der Form beteiligt, dass dadurch zwar die Forderungen des Kreises gegenüber den Städten und Gemeinden gemindert würden, ohne dass aber ein Euro in die Kasse des Kreises fließe.

Herr Stratmann weist darauf hin, dass es eine ausgeglichene Bilanz gebe. Allerdings sei es natürlich so, dass ein Restbetrag verbleibee, der den Kreis liquditätsmäßig weiter belasten werde.

Nach kurzer Diskussion schlägt Herr Landrat Makiolla vor, dieses komplexe Thema im Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen zu behandeln. Er erinnert daran, dass der jetzt eingeschlagene Weg in der letzten Sitzung des Kreistages fast einstimmig beschlossen worden sei.

Punkt 9

194/07

Schulpsychologische Beratungsstelle für den Kreis Unna

- Abschluss einer Vereinbarung mit dem Land Nordrhein-Westfalen-

Erörterung

Herr Gabriel teilt mit, dass die von der Gruppe DIE LINKE. in der vorigen Kreistagssitzung angebrachte Kritik natürlich weiterhin Bestand habe. Trotzdem werde man der Vorlage jetzt zustimmen, da aus ihrer Sicht drei Schulpsychologen immer noch besser seien als keiner.

Beschluss

Der Kreistag stimmt der „Vereinbarung zwischen dem Land NRW und dem Kreis Unna zur schulpsychologischen Versorgung“ zu.

Abstimmungsergebnis

einstimmig zugestimmt

Punkt 10

187/07

Neuer Bildungsgang am Freiherr-vom-Stein Berufskolleg des Kreises Unna in Werne zum Schuljahr 2008/09

Beschluss

Der Kreistag beschließt:

Zum Schuljahr 2008/09 wird am Freiherr-vom-Stein Berufskolleg des Kreises Unna in Werne der Bildungsgang „Staatlich geprüfte/r Informatiker/in Multimedia“ gemäß Anlage C 1 der APO-BK errichtet.

Der Landrat wird beauftragt, die erforderliche Genehmigung einzuholen.

Abstimmungsergebnis

einstimmig zugestimmt

Punkt 11

184/07

Übertragung der Betreuung des Vertragsnaturschutzes von der Stadt Hamm auf den Kreis Unna

Erörterung

Frau Niemann stellt fest, dass 23 Verträge mit einer Gesamtsumme von 4.500 Euro grundsätzlich nicht viel seien. Mit Blick auf die schwierige Situation der Biologischen Station vor einigen Jahren bedeute diese Übertragung aber sehr viel. Durch diese Kooperation mit der Stadt Hamm und auch die geplante Zusammenarbeit mit der Stadt Dortmund werde man anders wahrgenommen werden und habe auch eine andere Sicherheit.

Beschluss

Der Kreistag beauftragt den Landrat, einen Vertrag über die Übertragung der Betreuung des Vertragsnaturschutzes von der Stadt Hamm auf den Kreis Unna abzuschliessen.

Abstimmungsergebnis

einstimmig zugestimmt

Punkt 12

188/07

Fünfte Änderungssatzung zur Satzung über die Entsorgung von Abfällen im Kreis Unna vom 13.12.1999

Beschluss

Der Kreistag beschließt die der Drucksache als Anlage 1 beigefügte 5. Änderungssatzung zur Satzung über die Entsorgung von Abfällen im Kreis Unna vom 13.12.1999

Abstimmungsergebnis

einstimmig zugestimmt (6 Enthaltungen)

Punkt 13

183/07

Achte Änderungssatzung zur Vierten Abfallgebührensatzung des Kreises Unna
vom 07.12.1998 (8. ÄS)

Festlegen der Abfallgebührensätze des Jahres 2008

Beschluss

Der Kreistag beschließt die als Anlage 1 beigefügte achte Änderungssatzung zur Vierten Abfallgebührensatzung des Kreises Unna vom 07.12.1998 (8. ÄS)

Abstimmungsergebnis

einstimmig zugestimmt (6 Enthaltungen)

Punkt 14

Fragestunde für Einwohner

Fragen von Einwohnern werden nicht gestellt.

Punkt 15

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

1. Kosten der Unterkunft – Kürzungen des Bundeszuschusses

Herr Landrat Makiolla weist darauf hin, dass der Bund entschieden habe, seinen Anteil für die Kosten der Unterkunft auf 28,6 % zu senken. Dies führe zu Mindereinnahmen für den Kreis Unna von 2 Mio Euro im Jahr 2008. Zusammen mit den Mindereinnahmen aus dem Landeswohngeldausgleichsgesetz von 4,4 Mio Euro sowie der reduzierten Bundesbeteiligung an der Grundsicherung von 1,3 Mio Euro gingen dem Kreis damit Einnahmen im kommenden Jahr in einer Höhe von 7,7 Mio Euro verloren, ohne dass der Kreis dies beeinflussen könne. Er bitte die Mitglieder des Kreistages, diese Information in die Haushaltsdiskussionen der Kommunen zu transportieren.

2. Landesstelle Unna-Massen

Herr Jasperneite fragt nach, ob es einen neuen Sachstand zur Ansiedlung eines Migrationsmuseums in der Landesstelle Unna-Massen gebe. Herr Landrat Makiolla erklärt, dass es derzeit keine neuen Informationen gebe; eine Berichterstattung sei aber für den Ausschuss für Kultur und Partnerschaften vorgesehen.

3. Verkauf der RWE-Aktien

Auf Frage von Herrn Jasperneite nach der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung mit den Kommunen zum Thema “Verkauf der RWE-Aktien“ weist Herr Kreisdirektor Stratmann darauf hin, dass am 12. Dezember ein Gespräch mit der Sparkasse, dem Kämmerersprecher Herrn Mölle und der begleitenden Bank gebe,

um den Aktienverkauf ab dem 17. Dezember 2007 zu verabreden. Die Fraktionsvorsitzenden hätten hierzu eine Einladung erhalten. Im Rahmen der Haushaltsgestaltung werde der Kreistag die Altdefizite fixieren. Anschließend könne man beispielsweise durch öffentlich-rechtliche Vereinbarungen mit den einzelnen Kommunen regeln, in welchem Zeitraum die Kommunen ihre Forderungen erfüllen würden. Gestern sei in der Kämmererkonferenz deutlich geworden, dass einige Kommunen diese Verpflichtung schnell ins eigene Schuldenportfolio übernehmen wollten, so dass es eventuell nur zu wenigen öffentlich-rechtlichen Vereinbarungen kommen werde.

Nicht öffentlicher Teil

Punkt 16

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Ende der Sitzung: 17.45 Uhr

Makiolla	Waßen
Vorsitzender	Schriftführerin